



Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző: *Schuet Heinrich*
Cím: *Ungeregelte Zustände bei der Hauptstadt*
Forrás: *Pester Lloyd*
Bp. (Hely) 1930. IX. 7. (Idő) (Köt. v. füz.) (Oldal)

| Osztályozás | |
|-------------|--------|
| Tárgy | 352 |
| Hely | |
| Idő | "1930" |
| Személy | |
| Felirat | 352 |

Kommunal-Angelegenheiten.

Ungeregelte Zustände bei der Hauptstadt.

Übergriffe einzelner Betriebsdirektionen.

Vor ungefähr elf Wochen, in der zweiten Hälfte des Monats Juni, ist, wie bekannt, der größte Teil der Bestimmungen des neuen hauptstädtischen Gesetzes in Kraft getreten. Der Magistrat und die Kommissionen, deren Zahl ungefähr 130 betrug, wurden aufgelöst, den Wirkungskreis des Magistrats übernahm der hauptstädtische Munizipalrat, die Agenden der Kommissionen die neugebildeten zwölf Fachkommissionen, schließlich wählte man zwanzig Betriebsdirektionen, die gleich den übrigen neuen Organen bereits in Aktion traten. In der Regel ist es fast unmöglich, in so kurzer Zeit sich ein richtiges Urteil über radikale Reformen zu bilden, ihre Vor- und Nachteile zu konstatieren; deshalb kann man auch über die Auswirkungen des hauptstädtischen Gesetzes, über dessen vorteilhafte oder nachteilige Seiten heute noch kein abschließendes Urteil fällen. So viel können wir aber schon jetzt ruhig behaupten — und jeder, der die Geschehnisse im Stadthause während der letzten Wochen mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird gewiß unsere Behauptung für berechtigt halten —, daß vorerst *die Mängel des Gesetzes schärfer vor Augen treten, als dessen Vorteile*. Die Reform hat noch nicht feste Wurzeln gefaßt, die alten Organe haben sich der neuen Lage noch nicht anzupassen vermocht, infolgedessen herrschen im Stadthause ziemlich *chaotische Zustände*, um so mehr, als der Wirkungskreis der neuen Organe noch nicht genau geregelt ist. An eine ruhige, flotte Arbeit im Stadthause kann nicht gedacht werden, ehe dieser Mangel behoben ist, die Lage sich auf der ganzen Linie geklärt hat.

Als die am schärfsten hervortretenden Nachteile der Reform müssen wir die *Ausschließung der Öffentlichkeit* von den Beratungen der neuen Organe, ferner die *Auflösung des Magistrats* bezeichnen. Die Presse läßt sich wohl nicht knebeln, sie ist noch wachsamer als bisher, sie übt scharfe Kritik an den Handlungen der neuen

Organe, soweit es ihr gelingt, positive Daten darüber zu erfahren. Leider bleibt ihr so manches verborgen, gar vieles hüllt sich in einen dichten Schleier, den die Presse trotz ihrer Wachsamkeit nicht zu lüften vermag, dessen Lüftung aber den öffentlichen Interessen nur zum Vorteil gereichen würde. Oberbürgermeister Dr. Franz Ripka beginnt selbst die Unhaltbarkeit dieses Zustandes einzusehen, und er trägt sich schon mit der Absicht, im Laufe der nächsten Wochen *den Dienst der Vertreter der Presse im Stadthause durch verschiedene, im Einvernehmen mit ihnen zu treffende Maßregeln zu erleichtern*. Die Hauptstadt wird sicherlich keinen Schaden dadurch erleiden...

Noch viel nachteiliger erweist sich die Auflösung des Magistrats. Die Magistratsräte sind zu einfachen Referenten degradiert; sie stehen wohl noch an der Spitze der Sektionen, doch haben sie kaum einen kleinen Rest ihres früheren Wirkungskreises behalten. In den Sektionen herrscht infolgedessen nicht mehr eine so intensive Tätigkeit wie früher, ein *harmonisches Zusammenarbeiten der Sektionen*, das durch die wöchentlichen Sitzungen des Magistrats ermöglicht wurde, ist jetzt *ausgeschlossen*, denn während früher die Sektionsleiter in den Magistratsitzungen sich über die Arbeiten und die Pläne aller Sektionen orientieren konnten, ist jetzt jeder Magistratsrat auf sich selbst angewiesen. Dies hat oft zur Folge, daß einzelne Sektionen etwas unternehmen, durch das sie die Pläne anderer durchkreuzen oder deren Verwirklichung verzögern.

Besonders nachteilig sind aber die Folgen der Auflösung des Magistrats für die *Leitung der kommunalen Betriebe*. Sind auch die Betriebe früher von den einzelnen Sektionen geleitet worden, so erfolgte die Betriebsleitung dennoch *nach einheitlichen Prinzipien*, die der Magistrat festgesetzt hatte und deren Beobachtung er streng kontrollierte, wobei ihm die zahlreichen Kommissionen behilflich waren. Jetzt gibt es keinen Magistrat mehr, die neuen *Fachkommissionen spielen eine ganz untergeordnete Rolle*, die Herren der Betriebe sind die neuen *Be-*

triebsdirektionen. Leider sind einige der Direktionen, wie wir festzustellen vermochten, *sich nicht klar über ihre Aufgabe*, ihren Wirkungskreis. Nach unserer Ansicht kann die Aufgabe der Betriebsdirektionen lediglich in der Kontrolle der Betriebe, in der Bezeichnung der Richtlinien für eine *rationelle Betriebs- und Tarifpolitik* bestehen. Alle anderen Agenden sollten den *Betriebsleitern* überlassen werden, die ja allein die Verantwortung für alles tragen, was bei ihrem Betrieb geschieht. Einige Betriebsdirektionen wollen jedoch dies nicht einsehen und mischen sich in Angelegenheiten, um die sich ausschließlich die Generaldirektoren oder Direktoren zu kümmern hätten. Dies muß die Betriebsleitung ungünstig beeinflussen, es ist jedoch auch ungerecht, den Wirkungskreis der Direktoren einzuschränken, ihnen aber alle Verantwortlichkeit aufzubürden. Ein solcher Zustand muß sich früher oder später rächen.

Es war auch ein Fehler, *so viele Betriebsdirektionen zu bilden*. Dieser Fehler wurde begangen, um alle Kommunalparteien zu befriedigen. In jeder Partei gab es Mitglieder, die die Ambition hatten, in eine oder die andere Betriebsdirektion gewählt zu werden. Wahrscheinlich hat der Neid die Behauptung ausgestreut, daß einzelne der Betreffenden wegen des den Direktionsmitgliedern in Aussicht gestellten Ehrensoldes danach strebten, was wir jedoch nicht glauben. Um den Wunsch dieser strebsamen Parteimitglieder erfüllen zu können, mußte man auch für solche Institutionen Betriebsdirektionen wählen, die keine Betriebe sind. So ist auch das *Stadtheater* mit einer Betriebsdirektion beglückt worden, die sich schon heute in *ganz interne Angelegenheiten des Theaters mengt*, sogar über *Kunstfragen* entscheidet. Böse Zungen behaupten, daß sich auch bei den *Engagements der Künstler* die „Partei politik“ geltend macht, daß jede Partei ihre Protégés unterzubringen versucht. Das Los des Direktors wäre sehr beklagenswert, wenn z. B. jede Kommunalpartei — derzeit gibt es deren sechs bis sieben — ihm einen Helden tenor aufhalsen wollte.

Es ist geradezu komisch, daß das *Gellért- und das Rudasbad*, deren Verwaltung bekanntlich aus Sparsamkeitsrücksichten *vereinigt* wurde, besondere Betriebsdirektionen erhielten. Wie kann da von einer einheitlichen Leitung der beiden Bäder die Rede sein? Die Betriebsdirektion des Rudasbades trägt sich mit gewaltigen Reformgedanken und kümmert sich sogar um die *Einteilung des Personals*. Wozu hält man eine Betriebsleitung, wenn sie nicht einmal über das Personal verfügen darf?

Bisher unterstanden die Betriebe, wie bereits bemerkt, den einzelnen Sektionen, die für alles verantwortlich waren, die infolgedessen aber auch *keinerlei Inkorrektheiten* bei den Betrieben duldeten. Sie traten für die Interessen ihrer Betriebe ein, sie schützten sie, wenn sie eines Schutzes bedurften. Und dies war sehr häufig der Fall. Auch während der Sommerferien hätte einer der *Approvisionnementbetriebe* eines Schutzes bedurft, doch war der zuständige Magistratsrat bereits machtlos, die neue Betriebsdirektion aber hatte ihre Tätigkeit noch nicht begonnen. Den Fall hat der Direktor des betreffenden Betriebes uns wie folgt erzählt:

— Eines Tages während der Ferien, wollte ein *Stadtrepräsentant* telephonisch mit mir sprechen. Da ich auf Urlaub weilte, trat *mein Vertreter, der Vizedirektor*, ans *Telephon*. Der Herr Stadtrepräsentant forderte nun in befehlendem Ton den Vizedirektor des Betriebes auf, ihm *ein Auto* zur Verfügung zu stellen und es an einen von ihm bezeichneten Ort zu schicken. Der Wunsch des Stadtrepräsentanten war für den Vizedirektor Befehl. Kurz darauf traf der Stadtvater *in Gesellschaft einer Dame* in der Direktionskanzlei ein. Nach kurzem Gespräch richtete er die Frage an den Vizedirektor, *wo der Betrieb das Rohmaterial beschaffe*. Der Vizedirektor gab ihm die

gewünschte Auskunft, worauf der Stadtrepräsentant dem Vizedirektor folgendes sagte:

„*Von jetzt an wird der Betrieb von dieser Dame das Material kaufen!*“

Sprach's und entfernte sich mit der von ihm zur Lieferantin des Betriebes ernannten Dame.

Wir erwarten, daß der Munizipalrat, dieses wichtigste kommunale Organ, *diesen unerhörten Fall streng untersuchen und Übergriffe ähnlicher Art verhindern wird!*

Heinrich Schwét.